15.
Oktober
2008

Personalverordnung (PV) (Änderung)

*Der Regierungsrat des Kantons Bern,
auf Antrag der Finanzdirektion,
beschliesst:*

I.

Die Personalverordnung vom 18. Mai 2005 (PV) wird wie folgt geändert:

Menschen mit
Behinderung

Art. 4 ¹Unverändert.

² Für die Beschäftigung und Integration von Menschen mit einer Behinderung beantragt der Regierungsrat jeweils mit dem Voranschlag einen Kredit.

Art. 9 ¹Unverändert.

² Von der Pflicht zur öffentlichen Ausschreibung sind ausgenommen:
a unverändert;
b «Ernennungsbehörde» wird ersetzt durch «Anstellungsbehörde»;
c unverändert.

Art. 13 ¹Das Arbeitsverhältnis der Angestellten wird durch öffentlich-rechtlichen Vertrag unbefristet begründet. Artikel 18 Absatz 1 bleibt vorbehalten.

² und ³ Unverändert.

⁴ «Ernennungsbehörde» wird ersetzt durch «Anstellungsbehörde».

⁵ Unverändert.

Art. 14 ¹«Ernennung» wird ersetzt durch «Anstellung».
a bis *d* unverändert.

² Unverändert.

Arbeitsvertrag

Art. 15 ¹Der Arbeitsvertrag bedarf zu seiner Gültigkeit der schriftlichen Form.

² Der Vertrag regelt mindestens die folgenden Punkte:

a Anstellungsbehörde,
b bis *h* unverändert,
i aufgehoben,
k unverändert.

Art. 16 ^{1 bis 3} «Ernennungsbehörde» wird ersetzt durch «Anstellungsbehörde».

3.2 Aufgehoben

Befristete
Vertragsdauer

Art. 18 ¹ Im Vertrag kann eine Befristung vorgesehen werden, wenn es die Verhältnisse erfordern. Die Parteien können überdies eine Probezeit vereinbaren.

² Das befristete Arbeitsverhältnis endet mit Ablauf der vereinbarten Dauer. Aus wichtigen Gründen kann jede Partei jederzeit das Arbeitsverhältnis fristlos auflösen.

³ Die für die Anstellung zuständige Stelle teilt dem Personalamt die Vertragsauflösung mit. Die Universität, die Berner Fachhochschule und die Pädagogische Hochschule sind von der Mitteilungspflicht befreit.

Art. 19 bis 21 Aufgehoben.

Art. 26 ¹ «Ernennungsbehörde» wird ersetzt durch «Anstellungsbehörde».

² Unverändert.

Art. 29 ¹ «Ernennungsbehörde» wird ersetzt durch «Anstellungsbehörde».

² Unverändert.

Art. 30 ¹ Unverändert.

² «Ernennungsbehörde» wird ersetzt durch «Anstellungsbehörde».

3.6 (neu) *Einvernehmliche Auflösung des Arbeitsverhältnisses*

Art. 30a (neu) ¹ Die Anstellungsbehörde kann das Arbeitsverhältnis mit der betroffenen Person einvernehmlich auflösen (Art. 27a PG).

- ² Zuständig für den Abschluss der Austrittsvereinbarung sind
- a* der Regierungsrat für die in den Organisationsverordnungen aufgeführten Kaderstellen der Direktionen und der Staatskanzlei und für die in der besonderen Gesetzgebung bezeichneten Stellen,
 - b* die Direktionen und die Staatskanzlei im Einvernehmen mit dem Personalamt für alle übrigen Stellen in ihrem Zuständigkeitsbereich, unter Vorbehalt von Buchstabe *c*, sowie
 - c* die Finanzdirektion im Einvernehmen mit der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion für alle Stellen im Zuständigkeitsbereich der Finanzdirektion.

Art. 34 ^{1 und 2} Unverändert.

³ Aufgehoben.

Art. 34a ¹ Der Regierungsrat kann neue Funktionen durch die Bewertungskommission (Art. 195–197) begleiten lassen. Diese Funktionen werden im Anhang I besonders hervorgehoben.

^{2 und 3} Unverändert.

Art. 48 ¹ «Aushilfen» wird ersetzt durch «befristeten Anstellungen».

² Unverändert.

Art. 49 ¹ Von der Leistungs- und Verhaltensbeurteilung ausgenommen ist das Reinigungspersonal, wenn
a bis c unverändert,
d die Beurteilung aus sprachlichen Gründen nicht zweckmässig erscheint.

² Unverändert.

Art. 52 ^{1 und 2} Unverändert.

³ «Kinder- und Betreuungszulagen» wird ersetzt durch «Familien- und Betreuungszulagen».

⁴ Unverändert.

Art. 52a Aufgehoben.

Art. 53 «eingeschränkt» wird ersetzt durch «eingeschränkt oder eingestellt».

Art. 56 ¹ Unverändert.

² Werden Leistungen nach Absatz 1 gleicher Art und für das gleiche Ereignis erst nachträglich festgelegt und nachbezahlt, wird die Gehaltsfortzahlung im Umfang der für die gleiche Zeit nachbezahlten Leistung gekürzt und das zu viel bezogene Gehalt von der betroffenen Person zurückgefordert. Der Kanton kann im Umfange dieses Rückforderungsrechts die Auszahlung der Nachzahlung an ihn verlangen.

³ Unverändert.

⁴ Stellen dem Kanton ausbezahlte Leistungen Dritter nicht massgebenden Lohn im Sinne der AHV-Gesetzgebung dar, wird der darauf zu viel berechnete AHV/IV/EO/ALV/UV-Beitrag nicht zurückerstattet.

Gehaltsaufstieg
bei befristet
angestelltem
Personal

Art. 60 ^{1 bis 3} Unverändert.

⁴ Krankheit und Unfall unterbrechen den Mutterschaftsurlaub nicht. Im Fall einer Frühgeburt beginnt der Mutterschaftsurlaub mit der Spitalentlassung des Kindes, jedoch spätestens zwei Wochen vor dem mutmasslichen Geburtstermin.

^{5 und 6} Unverändert.

Art. 65 ¹ Während der Ausbildungsdienste der Unteroffiziere und Offiziere wird das Gehalt wie folgt ausgerichtet:

a Während der ersten 70 Tage der Ausbildungsdienste 50 Prozent des ordentlichen Gehalts bzw. bei Unterhaltsverpflichtung der oder des Dienstpflichtigen 75 Prozent.

b Während der verbleibenden Zeit des Ausbildungsdienstes wird das Gehalt unbeschränkt weiter ausgerichtet.

^{2 bis 5} Unverändert.

Befristete
Anstellungen

Art. 69 «Aushilfen, die für weniger als drei Monate angestellt werden,» wird ersetzt durch «Für weniger als drei Monate befristet angestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter».

5.1.1 Familienzulagen

Anspruch,
Arten und Höhe
der Zulagen

Art. 76 ¹ Der Anspruch auf Familienzulagen richtet sich nach dem Bundesgesetz vom 24. März 2006 über die Familienzulagen (Familienzulagengesetz, FamZG)¹⁾, der Verordnung vom 31. Oktober 2007 über die Familienzulagen (Familienzulagenverordnung, FamZV)²⁾ und dem Gesetz vom 11. Juni 2008 über die Familienzulagen (KFamZG)³⁾.

² Die Familienzulagen umfassen

a die Kinderzulage: Sie beträgt jährlich 2760 Franken und wird ab dem Geburtsmonat des Kindes bis zum Ende des Monats ausgerichtet, in dem das Kind das 16. Altersjahr vollendet; ist das Kind erwerbsunfähig, so wird die Zulage bis zum vollendeten 20. Altersjahr ausgerichtet;

b die Ausbildungszulage: Sie beträgt jährlich 3480 Franken und wird ab dem Ende des Monats, in dem das Kind das 16. Altersjahr vollendet, bis zum Abschluss der Ausbildung ausgerichtet, längstens jedoch bis zum Ende des Monats, in dem es das 25. Altersjahr vollendet.

³ Die Familienzulagen werden gemäss Artikel 1 Absatz 2 KFamZG der Teuerung angepasst.

¹⁾ SR 836.2

²⁾ SR 836.21

³⁾ BSG 832.71

Art. 77 ¹Die Familienzulagen werden in zwölf Monatsraten ausbezahlt.

² Es werden nur ganze Zulagen unabhängig vom Beschäftigungsgrad ausgerichtet.

Anspruchsberechtigung für Kinder

Art. 78 ¹Zum Anspruch auf Familienzulagen berechtigen

a Kinder, zu denen ein Kindesverhältnis im Sinne des Zivilgesetzbuchs besteht,

b Stiefkinder,

c Pflegekinder,

d Geschwister und Enkelkinder der bezugsberechtigten Person, wenn diese für deren Unterhalt in überwiegendem Mass aufkommt.

² Für Kinder mit Wohnsitz im Ausland werden die Familienzulagen nur ausgerichtet, soweit zwischenstaatliche Vereinbarungen das vorschreiben und wenn

a nicht schon im Ausland ein Anspruch auf eine Familienzulage besteht;

b der Anspruch in der Schweiz auf einer Erwerbstätigkeit beruht;

c die Kinderzulage für ein Kind bestimmt ist, zu dem ein Kindesverhältnis im Sinn des Zivilgesetzbuchs besteht und

d das Kind das 16. Altersjahr noch nicht vollendet hat.

Anspruchskonkurrenz

Art. 79 Haben mehrere Personen für das gleiche Kind Anspruch auf Familienzulagen nach eidgenössischem oder kantonalem Recht, so steht der Anspruch in nachstehender Reihenfolge zu

a der erwerbstätigen Person;

b der Person, welche die elterliche Sorge hat oder bis zur Mündigkeit des Kindes hatte;

c der Person, bei der das Kind überwiegend lebt oder bis zu seiner Mündigkeit lebte;

d der Person, auf welche die Familienzulagenordnung im Wohnsitzkanton des Kindes anwendbar ist;

e der Person mit dem höheren AHV-pflichtigen Einkommen.

² Richten sich die Familienzulagenansprüche der erst- und der zweitanspruchsberechtigten Person nach den Familienzulagenordnungen von zwei verschiedenen Kantonen, so hat die zweitanspruchsberechtigte Person Anspruch auf die Differenz, wenn der gesetzliche Mindestansatz in ihrem Kanton höher ist als im anderen.

5.1.1a (neu) Betreuungszulagen

Art. 79a (neu) ¹Die Betreuungszulage beträgt jährlich

<i>a</i> bei einem zulagenberechtigten Kind	3000 Franken
<i>b</i> bei zwei zulagenberechtigten Kindern	2160 Franken
<i>b</i> bei drei zulagenberechtigten Kindern	1320 Franken
<i>d</i> bei vier zulagenberechtigten Kindern	480 Franken

² Eltern von mehr als vier zulagenberechtigten Kindern erhalten keine Betreuungszulage.

³ Für Teilzeitbeschäftigte wird die Betreuungszulage im Verhältnis zum Beschäftigungsgrad ausgerichtet (Art. 86 Abs. 4 PG).

⁴ Betreuungszulagen werden in zwölf Monatsraten ausbezahlt. Sie werden der Teuerung angepasst (Art. 86 Abs. 5 PG).

Art. 96 Der bezahlte Urlaub wird auf das Langzeitkonto übertragen (Art. 160b Abs. 1), soweit er nicht im Jahr seiner Fälligkeit bezogen wird.

Art. 137 ¹«Ernennungsbehörde» wird ersetzt durch «Anstellungsbehörde».

² Unverändert.

Art. 141 ¹«Ernennungsbehörde» wird ersetzt durch «Anstellungsbehörde».

² Unverändert.

Art. 149 ¹und² Unverändert.

³ Aufgehoben.

Übertragbare
Ferientage

Art. 149a (neu) ¹Ein am Ende des Kalenderjahrs verbleibendes Ferienguthaben wird im Rahmen von Artikel 160b Absatz 1 vorbehaltlich Absatz 2 auf das Langzeitkonto (Art. 160a ff.) übertragen.

² Soweit der Bezug gemäss Artikel 149 Absatz 2 nicht vollumfänglich erfolgt ist, sind die zu wenig bezogenen freien Tage auf das Ferienguthaben des Folgejahrs zu übertragen. Eine Übertragung dieser Tage auf das Langzeitkonto ist nicht zulässig.

Art. 154 ¹Müssen Räumlichkeiten während der Arbeitszeit geschlossen werden oder kann aus anderen, insbesondere technischen Gründen, nicht gearbeitet werden, ist der entsprechende Arbeitsausfall als Arbeitszeit zu erfassen. Die Zuweisung von Ersatzarbeit durch die Vorgesetzten bleibt vorbehalten.

² Unverändert.

Art. 156 ^{1 bis 3} Unverändert.

⁴ Ohne Anrechnung an die Höchstzahl gemäss Absatz 3 können die Amtsvorsteherinnen und Amtsvorsteher oder die ermächtigten Stellen pro Kalenderjahr bezahlten Urlaub wie folgt gewähren:

a unverändert,

b bis zu fünf Arbeitstagen für den sozialen Einsatz zur Ferienbetreuung von Menschen mit Behinderung und Betagten,

c bis zu fünf Arbeitstagen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis zum vollendeten 30. Altersjahr als Gruppenleiterin oder -leiter von Kursen und Lagern im Rahmen von ausserschulischer Jugendarbeit,

Die bisherigen Buchstaben *c* bis *e* werden zu Buchstaben *d* bis *f*.

Art. 160c ¹ Unverändert.

² Der Mindestbezug beträgt in der Regel fünf aufeinanderfolgende Arbeitstage.

³ Unverändert.

Art. 168 ¹ Unverändert.

² «Aushilfen» wird ersetzt durch «Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter».

Art. 176 ¹ «5000 Franken» wird ersetzt durch «3000 Franken».

^{2 und 3} Unverändert.

Art. 179 ¹ Zurückzubezahlen ist

a «5000 Franken» wird ersetzt durch «3000 Franken»,

b unverändert.

² Unverändert.

Art. 180 Der rückzahlungspflichtige Betrag nach Artikel 179 ist wie folgt zu entrichten:

a und *b* unverändert,

c bei Austritt nach Abschluss der Ausbildung während des zweiten Jahres zwei Drittel und während des dritten Jahres ein Drittel.

Art. 181 ¹ Das Personalamt kann im Einvernehmen mit der Anstellungsbehörde auf eine Rückzahlung ganz oder teilweise verzichten, wenn sie für die Mitarbeiterin oder den Mitarbeiter eine besondere Härte bedeutet oder wenn der Verzicht auf die Rückzahlung im Interesse des Kantons liegt.

² Unverändert.

Prämien-
finanzierung

Art. 185 ¹Der Kanton übernimmt die ganze Prämie für die Berufsunfallversicherung sowie insgesamt die Hälfte der Prämien für die Nichtberufsunfallversicherung und für die UVG-Zusatzversicherung.

² Die andere Hälfte der Prämien für die Nichtberufsunfallversicherung und für die UVG-Zusatzversicherung tragen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dabei wird ein vom Personalamt festgesetzter Einheitssatz angewendet.

Der bisherige Absatz 2 wird zu Absatz 3.

Art. 187 Aufgehoben.

Art. 192 ¹«in der Ernennungsverfügung» wird ersetzt durch «im Arbeitsvertrag».

² «Ernennungsbehörde» wird ersetzt durch «Anstellungsbehörde».

³ Unverändert.

Art. 193 ¹Der Wert der Dienstwohnungen wird aufgrund der Bewertungsprotokolle der Steuerverwaltung und eines Mietwertfaktors durch das Amt für Grundstücke und Gebäude festgelegt. Der Dienstwohnungswert ohne Nebenkosten soll in der Regel 25 Prozent des monatlichen Bruttogehalts des Dienstwohnungsbenützers auf der Grundlage eines vollen Beschäftigungsgrads nicht übersteigen.

² Unverändert.

Art. 194 ¹«und der Nebenkosten» wird aufgehoben.

² «oder der Nebenkosten» wird aufgehoben. «vier Monate» wird ersetzt durch «drei Monate».

³ Unverändert.

⁴ «und die neuen Nebenkosten» wird aufgehoben.

⁵ «und der Nebenkosten» wird aufgehoben.

Nebenkosten

Art. 194a (neu) ¹Die Nebenkosten für Dienstwohnungen werden vom Amt für Grundstücke und Gebäude nach den effektiven Kosten ermittelt. Auf dieser Grundlage wird der Betrag für die monatlichen Teilzahlungen festgelegt und zusammen mit dem Dienstwohnungswert vom Gehalt in Abzug gebracht.

² Das Amt für Grundstücke und Gebäude überprüft periodisch die nach Absatz 1 festgesetzten Nebenkosten. Falls auf Grund der effektiven Kostenentwicklung eine Anpassung der Teilzahlungen erforderlich ist, sind die Bewohnerinnen und Bewohner der Dienstwohnung drei Monate im Voraus zu informieren.

³ Die allfällige Anpassung von Teilzahlungen nach Absatz 2 wirkt in die Zukunft. Sie hat weder eine Rückvergütung noch eine Nachzahlung zur Folge.

9. Bewertungskommission und Betriebskommissionen

9.1 Bewertungskommission

Einsetzung

Art. 195 Die aus Vertretungen der Direktionen und der Staatskanzlei bestehende Bewertungskommission wird vom Regierungsrat eingesetzt.

Art. 196 Der Bewertungskommission obliegen die folgenden Aufgaben:

- a* Stellungnahmen im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Anhangs I,
- b* Stellungnahme zu Anträgen für Stelleneinreihungen in die Gehaltsklassen 27 bis 30 (Art. 11),
- c* Stellungnahme zu Neueinrichtungsgesuchen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemäss Artikel 197 Absatz 2 und 3 sowie
- d* Funktion als Konsultativorgan des Personalamts bei Neueinreichungsanträgen der Direktionen und der Staatskanzlei, wenn es sich um Fragestellungen von grundlegender Bedeutung handelt.

Art. 197 ¹Unverändert.

² «Personalkommission» wird ersetzt durch «Bewertungskommission».

³ Die Bewertungskommission beurteilt das Neueinrichtungsgesuch und teilt das kurz begründete Ergebnis der Gesuchstellerin oder dem Gesuchsteller auf dem Dienstweg mit.

⁴ Die Gesuchstellerin oder der Gesuchsteller hat danach die Möglichkeit, zum Neueinrichtungsgesuch eine Verfügung des Personalamts gemäss Artikel 107 Absatz 2 Buchstabe *a* PG zu verlangen.

^{5 bis 7} Aufgehoben.

Art. 209 ¹«, insbesondere auch bei Anstellung mit öffentlich-rechtlichem Vertrag,» wird aufgehoben.

² Über umstrittene vermögensrechtliche Ansprüche verfügt das Personalamt. Als vermögensrechtliche Ansprüche gelten

- a* das Gehalt,
- b* die Betreuungszulagen,
- c* die Anrechnung von Dienstjahren,
- d* die Rückforderungen,
- e* die Reversverpflichtungen,

f der Kostenersatz nach Artikel 51 PG sowie
g der Ersatz von Personen- oder Sachschaden nach Artikel 54 PG.

³ Ist der Anspruch auf Familienzulagen streitig, verfügt die Familienausgleichskasse.

⁴ In den übrigen Fällen, insbesondere bei Streitigkeiten über den individuellen Gehaltsaufstieg, verfügt die Anstellungsbehörde oder die am Vertragsverhältnis für den Kanton beteiligte Organisationseinheit.

Art. 210 ¹ «Ernennungsbehörde» wird ersetzt durch «Anstellungsbehörde».

² und ³ Unverändert.

Art. 211 ^{1 bis 6} «Ernennungsbehörde» wird ersetzt durch «Anstellungsbehörde».

⁷ Unverändert.

Art. 212 «Ernennungsbehörde» wird ersetzt durch «Anstellungsbehörde».

Anhang I

Einreihung der Stellen in die Gehaltsklassen

GK Stellenbezeichnung

Aufheben:

- 18 Zivilstandsbeamter, -beamtin
- 22 Leitende(r) Revisor(in)/Leitende(r) Controller(in)
- 20 Revisor(in)/Controller(in) I
- 18 Controller(in) II

Neu bei der jeweiligen Gehaltsklasse einfügen:

- 24 Leitende(r) Revisor(in)
- 22 Direktions-/Bereichsrevisor(in) I
- 21 Direktions-/Bereichsrevisor(in) II
- 20 Revisor(in) I
- 18 Zivilstandsbeamter, -beamtin I
- 16 Zivilstandsbeamter, -beamtin II
- 15 Hausdienstleiter(in) Ia
- 13 Zivilstandsbeamter, -beamtin III

II.

Folgende Erlasse werden geändert:

1. Stellenvermittlungsverordnung vom 20. April 2005 (StvV):

Art. 8 ¹ «spätestens aber» wird ersetzt durch «idealerweise».

^{2 bis 4} Unverändert.

2. Verordnung vom 24. August 1994 über die Kantonsvertreterinnen und Kantonsvertreter:

Art. 1 ¹ Unverändert.

² Das Mandat von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kantons endet mit dem Austritt aus dem Kantonsdienst. Der Regierungsrat kann die Weiterführung des Mandats bewilligen.

³ Kantonsvertreterinnen und Kantonsvertreter treten in jedem Fall auf das Ende des Monats, in dem sie das 70. Altersjahr vollenden, zurück.

⁴ Unverändert.

3. Verordnung vom 28. März 2007 über die Anstellung der Lehrkräfte (LAV)

Art. 33 ¹ Die Gehaltsausrichtung bei Krankheit und Unfall richtet sich für unbefristet und befristet angestellte Lehrkräfte nach Artikel 52 der Personalverordnung vom 18. Mai 2005 (PV).

^{2 und 3} Aufgehoben.

^{4 bis 6} Unverändert.

4. Verordnung vom 4. Juni 1997 über die Anstellung und Gehälter an den Musikschulen (AGMV)

Art. 12 Das allgemeine Personalrecht des Kantons gilt für

a unverändert,

b den Anspruch auf Familienzulagen,

die bisherigen Buchstaben *b* und *c* werden zu Buchstaben *c* und *d*,

e die Gehaltsfortzahlung Angehöriger.

Art. 13 Aufgehoben.

5. Verordnung vom 27. Mai 1998 über die Universität (UniV)

Art. 1 ¹ Unverändert.

² Sie regelt insbesondere

a bis *c* unverändert,

d «Ernenennung» wird ersetzt durch «Anstellung»,

e bis *l* unverändert.

Art. 6 ¹ «ernennt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Antrag des zuständigen Instituts, der zuständigen Fakultät oder einer anderen zuständigen Organisationseinheit» wird ersetzt durch «stellt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Antrag des zuständigen Instituts, der zuständigen Fakultät oder einer anderen zuständigen Organisationseinheit an».

² Die Universität stellt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch öffentlich-rechtlichen Vertrag in der Regel unbefristet an.

Anstellung

Art. 14 ¹ «ernennt die ordentlichen Professorinnen und Professoren» wird ersetzt durch «stellt die ordentlichen Professorinnen und Professoren an», «Ernennung» wird ersetzt durch «Anstellung».

² «Ernennungsbeschluss» wird ersetzt durch «Anstellungsbeschluss».

³ Unverändert.

⁴ «Ernennung» wird ersetzt durch «Anstellung».

Art. 15 ¹ «Ernennung» wird ersetzt durch «Anstellung».

^{2 und 3} Unverändert.

Anstellung

Art. 21 ¹ «ernennt die ausserordentlichen Professorinnen und Professoren» wird ersetzt durch «stellt die ausserordentlichen Professorinnen und Professoren an», «Ernennung» wird ersetzt durch «Anstellung».

² «in der Ernennungsverfügung» wird ersetzt durch «im Anstellungsvertrag».

³ «Ernennung» wird ersetzt durch «Anstellung».

Anstellung

Art. 27 ¹ «Ernennung» wird ersetzt durch «Anstellung», «Ernennungskommission» wird ersetzt durch «Anstellungskommission».

² «Ernennung» wird ersetzt durch «Anstellung».

³ «Ernennung» wird ersetzt durch «Anstellung», «Ernennungskommission» wird ersetzt durch «Anstellungskommission».

⁴ «Ernennung» wird ersetzt durch «Anstellung».

Anstellung

Art. 32 ¹ Unverändert.

² «Ernennungsverfügung» wird ersetzt durch «Anstellungsvertrag».

Art. 35 ¹ «Anstellungsverfügung» wird ersetzt durch «Anstellungsvertrag».

² Unverändert.

Art. 40 ¹«Anstellungsverfügung» wird ersetzt durch «Anstellungsvertrag».

² und ³ Unverändert.

Art. 49 Aufgehoben.

IV. Verfahren der Anstellung von ordentlichen und ausserordentlichen Professorinnen und Professoren

Art. 63 ¹Unverändert.

² «Ernennung» wird ersetzt durch «Anstellung».

Vorbereitung
des Anstellungs-
antrags

Art. 64 ¹«Ernennungsantrag» wird ersetzt durch «Anstellungsantrag».

² «Ernennungskommission» wird ersetzt durch «Anstellungskommission».

³ Die Anstellungskommission

a bis *d* unverändert,

e «Ernennungsantrag» wird ersetzt durch «Anstellungsantrag».

⁴ Unverändert.

⁵ «Ernennungskommission» wird ersetzt durch «Anstellungskommission».

Art. 64a ¹«Ernennung» wird ersetzt durch «Anstellung».

² «Ernennungsverfahren» wird ersetzt durch «Anstellungsverfahren».

³ «Ernennungsverfahren» wird ersetzt durch «Anstellungsverfahren».

Beschluss
des Anstellungs-
antrags

Art. 65 ¹«Ernennungsantrag» wird ersetzt durch «Anstellungsantrag».

² «Ernennungsantrag» wird ersetzt durch «Anstellungsantrag», «Ernennung» wird ersetzt durch «Anstellung».

³ Dem Ernennungsantrag sind beizulegen:

a «Ernennungskommission» wird ersetzt durch «Anstellungskommission», «Ernennung» wird ersetzt durch «Anstellung».

b und *c* unverändert.

⁴ «Ernennungsantrag» wird ersetzt durch «Anstellungsantrag».

Anstellungs-
antrag

Art. 66 ¹«Ernennungsantrag» wird ersetzt durch «Anstellungsantrag», «Ernennungsverhandlungen» wird ersetzt durch «Anstellungsverhandlungen».

² «Ernenntungsverhandlungen» wird ersetzt durch «Anstellungsverhandlungen».

³ «Ernenntungsverfahren» wird ersetzt durch «Anstellungsverfahren».

Art. 67 «Ernenntungsantrag» wird ersetzt durch «Anstellungsantrag», «Ernenntungsverhandlungen» wird ersetzt durch «Anstellungsverhandlungen».

Anstellungsverhandlungen

Art. 68 Randtitel: ¹«Ernenntungsverhandlungen» wird ersetzt durch «Anstellungsverhandlungen».

² «Ernenntungsverhandlungen» wird ersetzt durch «Anstellungsverhandlungen».

^{3 bis 5} Unverändert.

Anstellung

Art. 69 ¹«Ernenntungsverhandlungen» wird ersetzt durch «Anstellungsverhandlungen», «Ernenntung» wird ersetzt durch «Anstellung».

² «Ernenntung» wird ersetzt durch «Anstellung».

Art. 70 «Ernenntungsverhandlungen» wird ersetzt durch «Anstellungsverhandlungen», «ernennt die Universitätsleitung die Kandidatin zur ausserordentlichen Professorin beziehungsweise den Kandidaten zum ausserordentlichen Professor» wird ersetzt durch «stellt die Universitätsleitung die Kandidatin zur ausserordentlichen Professorin beziehungsweise den Kandidaten zum ausserordentlichen Professor an».

Art. 71 «Ernenntung» wird ersetzt durch «Anstellung».

Art. 80 «Ernenntung» wird ersetzt durch «Anstellung».

6. Verordnung vom 5. Mai 2004 über die Berner Fachhochschule (Fachhochschulverordnung, FaV)

Art. 13 «Ernenntungsbehörden» wird ersetzt durch «Anstellungsbehörde».

Art. 17 «Ernenntungsbehörde» wird ersetzt durch «Anstellungsbehörde».

Art. 19 ¹Unverändert.

² «Ernenntungsbehörde» wird ersetzt durch «Anstellungsbehörde».

Art. 30 ¹«Anstellungsverfügung» wird ersetzt durch «Arbeitsvertrag».

² Unverändert.

Art. 38 ¹Unverändert.

² Ihre Anstellung ist befristet.

³ Unverändert.

Art. 40 ¹Unverändert.

² «Ernennungsbehörde» wird ersetzt durch «Anstellungsbehörde».

³ und ⁴ Unverändert.

Art. 43 Der Arbeitsvertrag der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren Gehalt ganz oder teilweise aus Drittmitteln finanziert wird, ist in der Regel befristet. Er muss den Hinweis enthalten, dass das Gehalt aus Drittmitteln finanziert wird.

7. Verordnung vom 13. April 2005 über die deutschsprachige
Pädagogische Hochschule (PHV)

Art. 16 ¹«Ernennungsbehörde» wird ersetzt durch «Anstellungsbehörde».

² Unverändert.

Art. 17 ¹Unverändert.

² «Ernennungsbehörde» wird ersetzt durch «Anstellungsbehörde».

Art. 30 ¹Unverändert.

² «Ernennungsbehörde» wird ersetzt durch «Anstellungsbehörde».

³ Unverändert.

8. Verordnung vom 3. Dezember 2003 über die Steuerung von
Finanzen und Leistungen (FLV)

Art. 192 ¹ und ² Unverändert.

³ Vorbehältlich der ausdrücklich unzulässigen Verwendungszwecke gemäss Absatz 4 kann ein Bonus für folgende Zwecke verwendet werden:

a und *b* unverändert,

c «Artikel 64 und 65 der Verordnung vom 12. Mai 1993 über das öffentliche Dienstrecht (Personalverordnung, PV)» wird ersetzt durch «Artikel 170 der Personalverordnung (PV) vom 18. Mai 2005»,

d «(Art. 67 PV)» wird ersetzt durch «(Art. 172 PV)»,

e bis *g* unverändert.

⁴ Unverändert.

III.

1. Allfällige Nachforderungen auf Grund der Neuregelung für Familien- und Betreuungszulagen können beim Austritt der Betroffenen aus dem Kantonsdienst oder beim vollständigen Erlöschen der Zulagenberechtigung innerhalb eines Berechnungszeitraums von maximal zehn Jahren schriftlich und begründet geltend gemacht werden.
Nachforderungen sind spätestens bis am 31. Dezember 2018 beim Personalamt einzureichen.
2. Vor dem 31. Dezember 2008 eingegangene Rückzahlungsverpflichtungen sind nach altem Recht geltend zu machen.
3. Bei der Personalkommission am 31. Dezember 2008 hängige Neueinreihungsgesuche werden ohne Weiteres von der Bewertungskommission weiter bearbeitet.
4. Diese Änderung tritt am 1. Januar 2009 in Kraft.

Bern, 15. Oktober 2008

Im Namen des Regierungsrates
Die Präsidentin: *Egger-Jenzer*
Der Staatsschreiber: *Nuspliger*